

„OHNE GELD KA MUSI“

Budget am Beginn der Verhandlungen

Am Freitag haben die Koalitionsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP offiziell begonnen, ganz oben auf der Liste steht die Reparatur des angeschlagenen Haushalts. Bis Mittwoch sind zunächst die Gespräche anberaumt. Die Streitpunkte liegen aber ohnehin anderswo. Inzwischen übernahm Alexander Schallenberg erneut interimistisch das Bundeskanzleramt – und ÖVP-Parteiboss Christian Stocker kann sich mehr als nur eine Kurzzeitrolle in seiner jetzigen Position vorstellen.

10. Jänner 2025, 19.00 Uhr (Update: 10. Jänner 2025, 20.32 Uhr)

Schon am ersten Tag der offiziellen Verhandlungen kam am Freitag eine Gruppe von Fachleuten im Auftrag von FPÖ und ÖVP zusammen. Die Gruppe soll über das Wochenende tagen, erste Ergebnisse werden am Beginn der Woche erwartet.

Erst in den vergangenen Tagen hatten sich beide Parteien offiziell für Koalitionsverhandlungen entschieden, nachdem Gespräche zwischen ÖVP, SPÖ und NEOS gescheitert waren. Im Mittelpunkt steht – wie bereits zuvor – als Erstes die Budgetsanierung. FPÖ und ÖVP wollen ein EU-Defizitverfahren vermeiden, wie es am Donnerstag hieß.

Die Gespräche dürften im Parlament stattfinden, wie der „Standard“ in seiner Onlineausgabe anhand von Raumbuchungen berichtete. Demnach wurden schon am Dienstagabend täglich und ganztägig Besprechungsräume bis Donnerstag reserviert.

ÖVP betont ihre Grundsatzfragen

ÖVP-Klubobmann August Wöginger, der Teil des schwarzen Verhandlungsteams ist, wies in einer Aussendung am Freitag auf die „ausführlichen Vorarbeiten“ zum Thema Budget hin. Darüber hinaus gelte es, Einigung bei den für die ÖVP wesentlichen Themen zu finden, also etwa

beim „Schutz der Souveränität Österreichs gegen Einflussnahme aus dem Ausland – besonders Russland“.

Wichtige Grundsatzfragen der ÖVP sind auch „eine konstruktive Rolle Österreichs in der Europäischen Union“ und der „Schutz sowie Erhalt unserer liberalen Demokratie und unseres Rechtsstaates“. Zudem gelte es, sich auch künftig eindeutig zum Kampf gegen Antisemitismus und Extremismus zu bekennen.

In dieselbe Kerbe schlug am Freitag ÖVP-Parteiboss Stocker, der mehreren Medien Interviews gab. Die Position gegenüber Russland werde sich nicht verändern, genauso sei ein EU-Austritt undenkbar. Über Inhaltliches habe er mit Kickl aber noch nicht gesprochen. Ob man sich tatsächlich auf ein Regierungsprogramm einigen kann, würden die nächsten Wochen zeigen. „Es kann dazu führen, dass wir eine Regierung bilden, aber es muss nicht dazu führen“, sagte Stocker. Wie hoch die Chancen stehen, wollte Stocker nicht beurteilen. Die Schuld am Scheitern der Gespräche mit SPÖ und NEOS sah er einmal mehr bei SPÖ-Chef Andreas Babler.

„Gekommen, um zu bleiben“

Er selbst wolle nicht nur übergangsmäßig die Partei führen: „Ich bin gekommen, um zu bleiben.“ Einen Termin für einen außerordentlichen Parteitag gebe es aber noch nicht, dieser müsse jedoch innerhalb der nächsten drei Monate stattfinden.

An seiner Haltung gegenüber Kickl habe sich nichts geändert, so Stocker, der in den vergangenen Monaten hart gegen den FPÖ-Chef geschossen hatte. Dass darunter seine Reputation gelitten habe, sei ihm klar.

Ausschließen, dass Identitäre in staatlichen Institutionen oder Ministerbüros arbeiten würden, wollte er nicht: „Ich werde keine Personallisten der Freiheitlichen kontrollieren. Ich bin auch nicht die Nanny der FPÖ. Aber wir werden unsere Verantwortung wahrnehmen.“

Inhaltlich blieb der ÖVP-Chef weitgehend vage, etwa ob die ÖVP ihre Unterstützung des EU-Raketenschutzschirms Skyshield zurückziehen könnte – die FPÖ ist bekanntlich strikt dagegen. „Ich werde über diese Verhandlungen, bevor sie begonnen haben, nicht sagen können, wie sie ausgehen werden.“ Er möchte das Budget jedenfalls über sieben Jahre konsolidieren, gelingen soll das über ausgabenseitige Einsparungen.

Haimbuchner relativiert Neuwahldrohung

Auch für den oberösterreichischen FPÖ-Chef und Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner ging es zunächst in erster Linie um das Budget. „Es muss klar sein, wie es mit den Finanzen weitergeht“, sagte er am Rande einer Pressekonferenz in Linz, „nur dann haben wir Spielraum für Investitionen, die notwendig sind. Ohne Geld ka Musi.“

Die Neuwahldrohung von Bundesparteichef Herbert Kickl, sollten die Verhandlungen nicht gut laufen, milderte Haimbuchner ab – er habe diese Aussage eher „positiv“ verstanden: „Nicht taktieren, keine Sprüche, nicht regieren um des Regierens willen allein“, sondern arbeiten, um zu Ergebnissen zu kommen. Allerdings: „Um jeden Preis regieren wird die Freiheitliche Partei nicht“, so Haimbuchner, der auch Kickls Vize ist.

Zwei Teams, zwei Frauen

Auf FPÖ-Seite verhandelt jenes Team, das bereits im Oktober im Parteipräsidium bestellt und zuletzt erneut bestätigt worden ist: Angeführt wird es von Kickl, weitere Mitglieder sind die beiden Generalsekretäre Michael Schnedlitz und Christian Hafenecker, Klubdirektor Norbert Nemeth, Außenpolitik- und Neutralitätssprecherin Susanne Fürst, Ex-Bahnmanager Arnold Schiefer sowie FPÖ-Niederösterreich-Klubobmann Reinhard Teufel.

Auf der Seite der ÖVP gibt es im Verhandlerteam zwei Neuzugänge, musste die Volkspartei nach dem Platzen der Dreierkoalitionsgespräche doch personell durchmischen. Mit Stocker und Wöginger gehen nun auch

Bauernbund-Präsident Georg Strasser und der neue ÖVP-Generalsekretär Alexander Pröll, Sohn des ehemaligen Vizekanzlers Josef Pröll und Großneffe von Niederösterreichs Ex-Landeshauptmann Erwin Pröll, in die Verhandlungen.

Aus dem Team verabschiedet hat sich Karoline Edtstadler, die im Lauf des Jahres Salzburger Landeshauptfrau werden soll. Weiter im Team bleiben Wirtschaftskammer-Präsident und Wirtschaftsbund-Chef Harald Mahrer und Staatssekretärin Claudia Plakolm. Genauso wie Fürst auf FPÖ-Seite ist sie dort nun die einzige Frau.

Schallenberg erneut Interimskanzler

Einer, der bald ausschloss, einer etwaigen Koalition mit der FPÖ anzugehören, ist Schallenberg (ÖVP). Er wurde am Freitag von Bundespräsident Alexander Van der Bellen erneut als Kanzler angelobt. Schallenberg übernimmt damit bis zur Angelobung der nächsten Regierung die Agenden von Karl Nehammer (ÖVP), der nach dem Scheitern der Koalitionsgespräche seiner Partei mit SPÖ und NEOS zurückgetreten ist.

Schallenberg ist nun zum zweiten Mal interimistisch Kanzler, der Diplomat war bereits nach dem Rückzug von Ex-Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) infolge von Korruptionsvorwürfen von Oktober bis Dezember 2021 als Kanzler eingesprungen. Insgesamt hat Schallenberg bereits acht Angelobungen hinter sich. Er wird auch Außenminister bleiben, bis es eine neue Regierung gibt. Anfang kommender Woche plant er einen Antrittsbesuch bei der EU in Brüssel.

Außenministerium brieft Botschaften

Dort wird er wohl unter anderem auch jene Formulierungen verwenden, die das Außenministerium verschickte, um etwaigen internationalen Bedenken gegen eine FPÖ-geführte Koalition entgegenzutreten. Wie die „Presse“ in ihrer Onlineausgabe berichtete, wurden Argumentationshilfen an alle

österreichischen Botschaften versandt. „Österreich ist und bleibt ein verlässlicher Partner in Europa und in der Welt“, heiße es in dem Rundschreiben. „Das war in der bisherigen Regierung so, das soll auch in der nächsten Regierung so sein.“

Solche Schreiben werden immer wieder bei aktuellen Entwicklungen verschickt, wenn sich Österreich positionieren müsse, so das Blatt. „Die Eckpfeiler der österreichischen Außenpolitik sind konstant und basieren auf den Grundwerten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz der Menschenrechte. Das Völkerrecht und die UN-Satzung sind die Basis unseres internationalen Engagements, und wir werden uns auch weiterhin ohne Abstriche für die regelbasierte internationale Ordnung einsetzen“, hieß es weiter. Das gelte in Bezug auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine genauso wie für den Nahen Osten.